

DAS TRANSATLANTISCHE DREIECK IN DEN ‚LANGEN‘ 1960ER JAHREN

Perspektiven, Probleme und Fragen

Johannes Großmann / Hélène Miard-Delacroix

Das Titelbild dieses Bandes wurde während der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Altkanzler Konrad Adenauer am 25. April 1967 aufgenommen. Die anwesenden Staats- und Regierungschefs haben sich zum Gruppenbild vor der Villa Hammerschmidt in Bonn versammelt. Der lächelnde Bundespräsident Heinrich Lübke hält die Hände seiner französischen und US-amerikanischen Amtskollegen Charles de Gaulle und Lyndon B. Johnson. Es scheint, als wolle er die Staatschefs der beiden wichtigsten westdeutschen Verbündeten zum Handschlag ermuntern. Doch diese machen einen verduzten und reservierten Eindruck. Die drei sehen sich nicht in die Augen. Während Lübke seine Augen niederschlägt, blickt Johnson mit fragender Mine auf das ‚Handgemenge‘. De Gaulle hat seinen Blick abgewandt und in eine unbestimmte Ferne gerichtet. Aufmerksam und sichtlich amüsiert beobachten führende Vertreter anderer Bündnispartner die Szene aus der zweiten Reihe – unter ihnen die Ministerpräsidenten aus Schweden, den Niederlanden, der Türkei und Luxemburg, Tage Erlander, Piet de Jong, Süleyman Demirel und Pierre Werner, die ehemaligen Premierminister Großbritanniens und Japans, Harold Macmillan und Kishi Nobusuke, sowie der österreichische Bundeskanzler Josef Klaus. Insgesamt waren etwa zwanzig amtierende und mehrere ehemalige Staats- und Regierungschefs zugegen, daneben zahlreiche ausländische Minister und Botschafter. Derartige multilaterale Zusammenkünfte waren damals – anders als bilaterale Staatsbesuche und Regierungskonsultationen – noch eine Seltenheit. Erst im Laufe der 1970er Jahre wurden europäische und transatlantische Gipfeltreffen zur Normalität.

Der auf dem Foto festgehaltene Moment erscheint wie ein Sinnbild für die Dreiecksbeziehungen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den USA in den ‚langen‘ 1960er Jahren. Die Aufnahme illustriert das schwierige Verhältnis dreier Partner, die unterschiedliche Blickwinkel und Sichtweisen hatten, den Absichten der anderen misstrauten und nur zögerlich zusammenfanden. Der Tod Adenauers, selbst ein Symbol für das Ende einer Ära, fiel in eine Zeit des Umbruchs, der Ungewissheit und der zunehmenden Unsicherheit. Wenige Wochen zuvor war das Oberkommando der Alliierten Streitkräfte von Paris ins belgische Mons verlegt worden – als Reaktion auf den Anfang 1966 von de Gaulle verkündeten Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO. In Griechenland hatte sich vier Tage vor der Trauerfeier eine Junta von Obristen an die

Macht geputzt. Der gewaltsame Tod von Benno Ohnesorg einige Wochen später wurde zum Katalysator für die Ausweitung und Radikalisierung der westdeutschen Studentenbewegung. Beinahe zeitgleich eskalierte der Nahostkonflikt im Sechstagekrieg, während die militärische Intervention der USA in Vietnam trotz massiver innenpolitischer Proteste und wachsender Kritik der europäischen Verbündeten auf ihren blutigen Höhepunkt zusteuerte.

Der eigentliche Ausgangspunkt dieses Bandes ist allerdings nicht das Jahr 1967, sondern das Jahr 1963. Denn in diesem Jahr traten die Differenzen zwischen den drei Partnern und ihre unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Visionen für die Zukunft des transatlantischen Bündnisses erstmals in aller Offenheit zutage. Der Élysée-Vertrag vom 23. Januar 1963 besiegelte die deutsch-französische Annäherung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und entwarf das institutionelle Fundament für eine dauerhafte privilegierte Partnerschaft zwischen Bonn und Paris. Doch war der Vertrag von de Gaulle als ein erster Schritt hin zu einem von US-amerikanischer Vormundschaft emanzipierten, unabhängigen Europa gedacht, während der greise Adenauer ihn als Sicherheitsgarantie für sein politisches Lebenswerk verstand. Die innerparteilichen Gegenspieler des Kanzlers um seinen designierten Nachfolger Ludwig Erhard setzten schließlich jene Präambel durch, die dem Élysée-Vertrag bei seiner Ratifizierung am 16. Mai vorangestellt wurde und die Unverletzlichkeit des transatlantischen Bündnisses sowie den deutschen Wunsch nach einem britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterstrich. Der vielumjubelte Besuch John F. Kennedys in Westberlin verdeutlichte nur wenige Wochen später, dass die US-Regierung ebenfalls um die Gunst der Deutschen buhlte und ihren Einfluss zu wahren wusste.¹

Die Entstehung des Élysée-Vertrags, seine zeitgenössische Rezeption und die Debatte um seine Ratifizierung wurden bereits an anderer Stelle ausführlich diskutiert.² Gleiches gilt für die inhaltlichen Bestimmungen des Vertrags, ihre Umsetzung und ihren Einfluss auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen bis heute.³ Hingegen verortet der vorliegende Sammelband die Ereignisse des Jahres 1963 in ihrem breiteren zeitlichen und kausalen Kontext. In Anlehnung an wegweisende Vorarbeiten aus den 1990er Jahren, etwa von Eckart Conze, Fré-

1 Zu Kennedys Berlin-Besuch siehe Andreas W. Daum, *Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*, Paderborn: Schöningh, 2003.

2 Ulrich Lappenküper, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“*, München: Oldenbourg, 2001, Bd. 2: 1958–1963, S. 1707–1855; Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart: Klett-Cotta, 1997, S. 157–171.

3 Siehe u. a. Manfred Steinkühler, *Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969*, Berlin: Duncker & Humblot, 2002; Ansbert Baumann, *Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland, Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt a. M.: Lang, 2003; Corine Defrance/Ulrich Pfeil (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945 – 1963 – 2003*, München: Oldenbourg, 2005; Hans Manfred Bock/Corine Defrance/Gilbert Krebs/Ulrich Pfeil (Hg.), *Les jeunes dans les relations transnationales. L'Office franco-allemand pour la Jeunesse, 1963–2008*, Paris: Presses Sorbonne Nouvelle, 2008.

déric Bozo und Reiner Marcowitz,⁴ erweitert er den Horizont auf die Entwicklung der transatlantischen Dreiecksbeziehungen von der zweiten Hälfte der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre. Durch die Verbindung politik-, sozial- und kulturgeschichtlicher Ansätze sollen dabei unterschiedliche Diskussionsstränge zusammengeführt und neue Forschungsperspektiven eröffnet werden.

DIE ‚LANGEN‘ 1960ER JAHRE: SOZIOKULTURELLER UMBRUCH UND ENTGRENZUNG VON AUSSENPOLITIK

In der jüngeren historischen Forschung zur Bundesrepublik Deutschland wurde der Zeitraum von den späten 1950er bis zu den frühen 1970er Jahren wahlweise als „Scharnierjahrzehnt“, „Jahrzehnt beschleunigten Wandels“,⁵ „Wendezeit“⁶ oder „Sattelzeit“⁷ charakterisiert. Doch auch mit Blick auf Frankreich und die USA erscheinen die ‚langen‘ 1960er Jahre als eine *Phase gesellschaftlichen Um- und Aufbruchs, der politischen Anpassung und Erneuerung*. Viele Westdeutsche, Franzosen und Amerikaner erlebten in dieser Zeit eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Massenkonsum und Populärkultur, Arbeitsmigration und Auslandstourismus, verstärkte grenzüberschreitende Kommunikation und die Intensivierung von Handelsbeziehungen beförderten eine Annäherung von Lebensgewohnheiten und Lebensentwürfen.⁸ Anders als das zeitgenössische Schlagwort von der ‚Amerikanisierung‘⁹ suggerierte, war diese Tendenz zur Angleichung jedoch weder linear, noch einseitig.¹⁰ Sie ging außerdem einher mit einem Trend zur Individualisierung, zur ‚Liberalisierung‘¹¹ und zur Aufgabe verbindlicher

4 Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München: Oldenbourg, 1995; Frédéric Bozo, Deux stratégies pour l’Europe. De Gaulle, les États-Unis et l’Alliance atlantique 1958–1969, Paris: Plon, 1996; Reiner Marcowitz, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München: Oldenbourg, 1996.

5 Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers, Einleitung, in: idem (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, 2. Auflage, Hamburg: Christians, 2003, S. 11–20, hier S. 13 und 16.

6 Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn: Schöningh, 2003.

7 Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Stuttgart: Klett-Cotta, 2005, S. 325.

8 In längerfristiger Einordnung siehe Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, München: Beck, 2007.

9 Zum Topos der ‚Amerikanisierung‘ vgl. die Beiträge von Egbert Klautke und Carine Germond in diesem Band.

10 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1999.

11 Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, 1945–1980, Göttingen: Wallstein, 2002.

Wertvorstellungen.¹² Bestehende Hierarchien wurden durch neue Formen der Partizipation herausgefordert. Der Einfluss von Kirche und Religion ging zurück.¹³ Durch die Erosion traditioneller sozialer Milieus entstanden Freiräume für alternative Öffentlichkeiten und ein pluralistisches Kulturverständnis.¹⁴

Das Jahr 1968 wurde mit den Mai-Unruhen in Frankreich, den Auseinandersetzungen über die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik, der Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King in den USA und der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ in der Tschechoslowakei schließlich zur plakativen ‚Chiffre‘¹⁵ für den fundamentalen gesellschaftlichen Wandel der ‚langen‘ 1960er Jahre und seine globalen politischen Implikationen.¹⁶ Der eruptive Charakter des Jahres 1968 sollte dabei nicht als Widerspruch zur Vorstellung von einer längerfristigen, evolutionären Transformation von Gesellschaft und Politik verstanden werden. Tatsächlich gingen ‚Reform‘ und ‚Revolte‘ miteinander einher und bedingten sich gegenseitig¹⁷ – wenngleich über ihre Gewichtung und ihren konkreten Zusammenhang nach wie vor Uneinigkeit besteht.¹⁸

In jedem Falle schlugen sich die soziokulturellen Wandlungsprozesse schon vor 1968 in den *innenpolitischen Machtverhältnissen der drei Länder* nieder. In Frankreich überwand Charles de Gaulle nach seinem politischen Comeback im Mai 1958 den Gegensatz zwischen dem katholisch-monarchistischen Erbe und der säkularen republikanischen Tradition. Er ersetzte elitäre Parlamentsherrschaft der Dritten und Vierten Republik durch ein bipolares Präsidialsystem und verfolgte eine autoritäre Politik der gelenkten Modernisierung. In den USA entwarf der junge, katholische Demokrat John F. Kennedy nach seinem überraschenden Wahlsieg im November 1960 ein ambitioniertes gesellschaftspolitisches Reformprogramm. Nach Kennedys Ermordung 1963 versuchte sich Lyndon B. Johnson mit gemischten Erfolgen an der Umsetzung dieser Reformen. Mit der Wahl des

- 12 Zum Paradigma des ‚Wertwandels‘ siehe Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München: Oldenbourg, 2014.
- 13 In internationaler Perspektive Hugh McLeod, *The Religious Crisis of the 1960s*, Oxford: Oxford University Press, 2007; für die Bundesrepublik siehe Claudia Lepp/Harry Oelke/Detlef Pollack (Hg.), *Religion und Lebensführung im Umbruch der langen 1960er Jahre*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016.
- 14 Vgl. z. B. Detlef Siegfried, *Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen (Wallstein) 2006; Jean-François Sirinelli, *La France des sixties revisitée*, in: *Vingtième Siècle* n° 69 (2001), S. 111–124; Christopher B. Strain, *The Long Sixties. America, 1955–1973*, Chichester: Wiley Blackwell, 2016.
- 15 Wolfgang Kraushaar, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg: Hamburger Edition, 2000.
- 16 Jeremi Suri, *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*, Cambridge: Harvard University Press, 2005.
- 17 Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hg.), *Wo 1968 liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006. Vgl. in diesem Sinne auch Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hg.), *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956–77*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2008.
- 18 Vgl. z. B. Udo Wengst (Hg.), *Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968*, München: Oldenbourg, 2011.

Republikaners Richard Nixon im Herbst 1968 deutete sich ein neuerlicher innenpolitischer Richtungswechsel an. In der Bundesrepublik vollzog sich die politische Wachablösung in Etappen. Auf die Ära des wertkonservativen Europäers Konrad Adenauer folgte ab Oktober 1963 zunächst das Intermezzo des wirtschaftsliberalen ‚Atlantikers‘ Ludwig Erhard. Der Regierungswechsel wurde 1966 durch die Bildung der Großen Koalition eingeleitet, aber erst mit dem Wahlsieg Willy Brands von 1969 vollständig vollzogen. Unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen Regierungen setzte sich der am keynesianischen Modell der antizyklischen Wirtschaftspolitik orientierte Wohlfahrtsstaat bis Anfang der 1970er Jahre endgültig durch.¹⁹

Einiges spricht dafür, die ‚langen‘ 1960er Jahre auch in diplomatiegeschichtlicher Hinsicht als Einheit zu begreifen. War die internationale Konstellation des ersten Nachkriegsjahrzehnts als Konfrontation zweier geschlossener Ideologien und Machtblöcke gedeutet worden, so wandelten sich die Prämissen von Außenpolitik im Laufe der folgenden 15 bis 20 Jahre grundlegend. Entscheidend dafür war, erstens, die Vorstellung von einer immer engeren Verschränkung außenpolitischer Entscheidungsprozesse mit innenpolitischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen. Ob diese *Zunahme an Interdependenz* substantiell und reell greifbar oder in erster Linie auf einen zeitgenössischen Wahrnehmungswandel zurückzuführen war, ist schwer zu beantworten, spielt aus einer akteurszentrierten Perspektive jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Wichtig ist, dass die Zeitgenossen nun immer stärker im Bewusstsein einer wechselseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit unterschiedlicher Politikfelder und Sphären der Öffentlichkeit handelten. Anders als noch in den unmittelbaren Nachkriegsjahren erschienen Innen- und Außenpolitik nun lediglich als zwei Seiten der gleichen Medaille.²⁰

Die Vorstellung von einer wachsenden Interdependenz ging, zweitens, einher mit einer *Multipolarisierung und räumlichen Erweiterung des außenpolitischen Horizons*. Die von Stalins Erben eingeleitete Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ und der US-amerikanische Verzicht auf eine offene militärische Konfrontation in den Krisen der Jahre 1956 und 1961/62 veränderten den Charakter des Kalten Krieges. Dieser wurde nun nicht mehr nur als bewaffneter Konflikt um Einfluss-sphären, sondern vorrangig als ein Wettstreit um die Herzen und Köpfe der Menschen verstanden. Der undifferenzierte Antikommunismus und die *Rollback*-Phantasien des Nachkriegsjahrzehnts traten hinter subtileren Methoden und Strategien der ‚psychologischen Kriegsführung‘ zurück.²¹ De Gaulles eigensinnige Außenpolitik und das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis stellten die hegemoniale Stellung der beiden Supermächte innerhalb ihrer Bündnissysteme in Frage. Letztlich beförderten sie die Entspannung der europäischen Krisenherde im Rahmen des Helsinki-Prozesses. Der Schwerpunkt der Systemkonfrontation verlagerte sich

19 Vgl. dazu den Beitrag von Hartmut Kaelble in diesem Band.

20 Symptomatisch dafür ist z. B. die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse innerhalb der deutschen Unionsparteien, die Tim Geiger in seinem Beitrag zu diesem Band analysiert.

21 Vgl. dazu den Beitrag von Bernard Ludwig in diesem Band.

nun zusehends in die Länder der ‚Dritten Welt‘, die im Zuge der Entkolonialisierung und der damit verbundenen ‚diplomatischen Revolution‘²² als neue Akteure der internationalen Beziehungen in Erscheinung traten. Jenseits von Europa taten sich neue Konfliktzonen auf – so zum Beispiel in Vietnam,²³ im Mittleren Osten, in Lateinamerika und im südlichen Afrika. Hier verschränkte sich der Kalte Krieg mit dem antikolonialen Befreiungskampf, mit ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen sowie mit dem rasch expandierenden Politikfeld der Entwicklungshilfe.²⁴

Schließlich veränderten sich, drittens, auch die *Formen und Gegenstände außenpolitischer Kommunikation*.²⁵ Parallel zur Ausweitung diplomatischer Kontakte in Folge des Entkolonialisierungsprozesses kam es zu einer wachsenden Multilateralisierung und Institutionalisierung von Außenpolitik durch den zunehmenden Stellenwert supranationaler Zusammenschlüsse. Gleichzeitig gewannen wirtschafts-, handels- und finanzpolitische Fragen an Bedeutung gegenüber sicherheitspolitischen Erwägungen. Die flächendeckende Einführung moderner Telekommunikationstechnik schuf neue, effizientere Möglichkeiten des persönlichen Austauschs und der diplomatischen Kontaktpflege – auch unterhalb der Regierungsebene. Informelle diplomatische Gremien und nichtstaatliche Akteure wurden wichtiger,²⁶ während sich der Zweck offizieller Staatsbesuche und Gipfeltreffen zunehmend auf ihre symbolpolitische Funktion beschränkte. Insgesamt brachten die ‚langen‘ 1960er Jahre eine enorme Intensivierung diplomatischer Aktivitäten mit sich, die von einem Trend zur Verwissenschaftlichung, zur Professionalisierung und zur Privatisierung begleitet wurde.

Die doppelte Hypothese eines grenzüberschreitenden soziokulturellen Umbruchs und einer Entgrenzung von Außenpolitik wirft die Frage nach einer angemessenen zeitlichen *Eingrenzung und Periodisierung der ‚langen‘ 1960er Jahre* auf. Die in diesem Band versammelten Beiträge machen dafür unterschiedliche Angebote – je nach thematischer Schwerpunktsetzung und methodischem Zugang. Während Tim Geiger, Carine Germond und Irwin Wall die Rückkehr de Gaulles auf die politische Bühne im Mai 1958 auch jenseits der innerfranzösischen Entwicklung als einschneidende Zäsur begreifen, sehen Reiner Marcowitz und Bernard Ludwig die Jahre 1956/57 als wichtige Etappe für die Evolution des Ost-West-Konflikts. Für Jörg Requate wiederum markiert der Präsidentschaftswahlkampf Kennedys 1960 den entscheidenden Auftakt für den Wandel der politischen Kommunikation in den ‚langen‘ 1960er Jahren. Mehrere Beiträge haben die Jahre 1973/74 mit ihrer Verdichtung diplomatischer, innenpolitischer und so-

22 Matthew Connelly, *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*, Oxford: Oxford University Press, 2002.

23 Zum Vietnamkrieg vgl. den Beitrag von Eugénie M. Blang in diesem Band.

24 Siehe beispielhaft Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Hg.), *The Third World in the Global 1960s*, New York: Berghahn, 2013.

25 Vgl. dazu ausführlich Johannes Großmann, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München: De Gruyter, 2014, S. 277–282.

26 Siehe dazu auch den Beitrag von Thomas W. Gijswijt in diesem Band.

zioökonomischer Einschnitte als expliziten oder impliziten Schlusspunkt gewählt, während andere bereits das Jahr 1969 mit seinen richtungsweisenden Regierungswechseln in den USA, in Frankreich und in der Bundesrepublik als klare Zäsur ansehen. In seiner weitesten Auslegung umfasst der Begriff der ‚langen‘ 1960er Jahre also in etwa den Zeitraum zwischen 1956/57 und 1973/74. Diese Auslegung wäre außerdem mit der Perspektive Hartmut Kaelbles kompatibel, der die Zeit zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1970er Jahre in seinem Beitrag auch als sozialgeschichtliche Einheit versteht. Die Scharnierjahre 1962/63 und 1968/69 untergliedern diese ‚langen‘ 1960er wiederum in drei kürzere Zeitabschnitte.

Die Suche nach markanten Zäsuren und geeigneten Formen der Periodisierung droht jedoch den Blick auf den eigentlichen Charakter der ‚langen‘ 1960er Jahre und ihren Platz in der inter- und transnationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstellen. Denn tatsächlich handelt es sich in der Gesamtschau weniger um eine Zeit der klaren Einschnitte und der radikalen Brüche, als vielmehr um eine Übergangszeit, in der *Kontinuität und schneller Wandel*, ‚Tradition‘ und ‚Moderne‘, sanfte ‚Reform‘ und stürmische ‚Revolte‘ nebeneinander standen, zusammentrafen und zusammenwirkten. So erlebten die ‚langen‘ 1960er Jahre den vorläufigen Abschluss einer ‚Westernisierung‘,²⁷ die allerdings nicht allein durch die bundesdeutsche Brille analysiert, sondern als wechselseitiger Transfer- und Verflechtungsprozess zwischen dem nordamerikanischen Raum und den Ländern des westlichen Europa begriffen werden muss. Gleichzeitig lagen sie am Schnittpunkt dreier ‚Zeitbögen‘,²⁸ die nicht nur die bundesdeutsche, sondern die westeuropäische und transatlantische Geschichte des 20. Jahrhunderts strukturierten: eines antimodernistischen und antiliberalen ‚Zeitbogens‘, der in einer transnationalen Perspektive eben nicht schon 1945 endete, sondern erst in den späten 1950er bzw. frühen 1960er Jahren auslief; eines freiheitlich-demokratischen, von regulierter Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat geprägten ‚Zeitbogens‘, der sich am Höhepunkt seiner Wirk- und Geltungsmacht befand; und eines postmodernen, durch den Strukturwandel und das paradoxe Zusammenspiel von Individualität und Globalität geprägten ‚Zeitbogens‘, der mit dem zeitgenössischen Prädikat des ‚Neoliberalismus‘ sicherlich nur unzureichend beschrieben ist und nicht ausschließlich als ein „konservatives Projekt“²⁹ gedeutet werden sollte.

27 Doering-Manteuffel, Westlich (wie Anm. 10). Zu Kritik und Weiterentwicklung des Konzepts in transnationaler Perspektive vgl. Großmann, Internationale (wie Anm. 25), S. 26–28.

28 Zum Begriff vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 321–348. Zu seiner Kritik und Diskussion siehe Peter Hoeres, Gefangen in der analytisch-normativen Westernisierung der Zeitgeschichte. Eine Kritik am Konzept der Zeitbögen, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), S. 427–436; Ariane Leendertz, Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 65 (2017), S. 191–217. Die Diskussion des ‚Zeitbogen‘-Begriffs, seines analytischen Nutzens und seiner tatsächlichen oder vermeintlichen normativen Konnotation ist bislang jedoch ausschließlich auf die bundesdeutsche Geschichte beschränkt geblieben.

29 So aber Doering-Manteuffel, Zeitbögen (wie Anm. 28).

Die ‚langen‘ 1960er Jahre waren also eine Scharnier- und Sattelzeit – jedoch keine zwischen zwei dominanten Zeitabschnitten eingezwängte „Sandwichzeit“,³⁰ sondern eine *eigenständige, eigensinnige und kreative Phase*. Sie waren eine entscheidende Phase für den Übergang von der Blockkonfrontation zur *Détente*, eine richtungweisende Zeit für den weiteren Verlauf der Europäischen Integration als ein zwischenstaatliches (und daher eben nicht supranationales) Projekt und eine wesentliche Etappe für die Auflösung der europäischen Kolonialreiche in Übersee. Diese Entwicklungen waren freilich nicht zwangsläufig. Sie liefen nicht autonom von äußeren Einflüssen ab, sondern wurden von Menschen erlebt, beeinflusst und geformt. Anders formuliert: Die ‚langen‘ 1960er Jahre waren nicht vorprogrammiert. Für die Zeitgenossen waren sie eine offene Geschichte mit unklarem Ausgang, voller überraschender Momente, unwahrscheinlicher Zufälle und ungeahnter Wendungen. Die Akteure jener Zeit bedienten sich höchst selektiv an vorgefunden Denklinien und Deutungsangeboten, agierten mal bewusst und vorsätzlich, mal unbewusst und unbeabsichtigt als Bewahrer oder Zerstörer bestehender Verhältnisse. Und sie stellten eine hohe Lern- und Anpassungsfähigkeit unter Beweis, wenn es zum Beispiel um die Adaption entspannungspolitischer Prämissen, die Einschätzung nachkolonialer Machtverhältnisse oder die Aneignung neuer Mittel und Stile der politischen Kommunikation ging.

DREIECKSBEZIEHUNGEN: PROBLEME UND ANALYTISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Der vorliegende Sammelband knüpft an einen 2005 von Hélène Miard-Delacroix und Rainer Hudemann herausgegebenen Vorgängerband an. Dieser nahm den fünfzigsten Jahrestag der Pariser Verträge vom Oktober 1954 als Anlass für eine systematische Analyse der deutsch-französischen Wandlungs- und Integrationsprozesse der 1950er Jahre.³¹ Seine Herausgeber gingen vom Begriff des *rapprochement* aus, mit dem drei unterschiedliche Analyseebenen erfasste: erstens die Konfliktlösung durch Verträge mit hohem Symbolgehalt, die gleichermaßen Indikatoren für Wandlungsprozesse und Türöffner für neue Transformationen im deutsch-französischen Verhältnis sein konnten; zweitens die Annäherung im Sinne einer neuen Qualität der Beziehungen, die mit einer zunehmenden Konvergenz politischer Konzeptionen und Zielvorstellungen einherging; drittens die Angleichung von politischen Systemen, gesellschaftlichen Grundlagen und kulturellen Praktiken.³² Die Beiträge des Bandes von 2005 widmeten sich der Genese der

- 30 Dietmar Hüser hat diesen Begriffsvorschlag auf der dem Band zugrunde liegenden Tagung eingebracht.
- 31 Rainer Hudemann/Hélène Miard-Delacroix (Hg.), *Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre – Mutations et intégration. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante*, München: Oldenbourg, 2005.
- 32 Hélène Miard-Delacroix/Rainer Hudemann, *Deutsch-französische Wandlungs- und Integrationsprozesse in den 1950er Jahren. Annäherungen – Differenzen – Konzepte*, in: *ibid.*, S. 13–25, hier S. 14.

Pariser Verträge selbst im Kontext und als Ausdruck europäischer Wandlungsprozesse, der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im multilateralen Kontext, dem bilateralen Austausch vor dem Hintergrund von Selbstbild und Fremdwahrnehmung sowie der ‚Amerikanisierung‘ bzw. ‚Westernisierung‘ von Gesellschaft und Kultur.

Diese Untersuchungsperspektiven sollen im vorliegenden Band auf die ‚langen‘ 1960er Jahre übertragen werden. Im Vergleich zum enzyklopädischen Anspruch des Vorgängerbandes werden jedoch engere thematische Schwerpunkte und gleichzeitig neue methodische Akzente gesetzt. Auch hier dient ein *zwischenstaatliches Abkommen als Einstiegsfenster* in politische, gesellschaftliche und kulturelle Annäherungs- und Angleichungsprozesse. Während im Vorgängerband mit den Pariser Verträgen ein multilaterales Vertragswerk als Ausgangspunkt für eine Untersuchung bilateraler Beziehungen diente, wird hier mit dem Élysée-Vertrag eine bilaterale Vereinbarung als Aufhänger gewählt für die Analyse eines tri- bzw. multilateralen Beziehungsgeflechts. Indem die bedeutende Rolle der USA für die deutsch-französischen Beziehungen der ‚langen‘ 1960er Jahre betont wird, öffnet sich der Blickwinkel außerdem von einer innereuropäischen auf eine transatlantische bzw. globale Perspektive. Die Beiträge konzentrieren sich stärker auf die Verschiebungen im außenpolitischen und diplomatischen Gefüge, die jedoch in längerfristigen soziokulturellen Anpassungsprozessen verortet, in ihren innenpolitischen Verflechtungen analysiert und mit dem Wandel wechselseitiger Wahrnehmung abgeglichen werden.

Die Dreieckskonstellation zwischen Deutschland, Frankreich und den USA könnten zunächst einmal ganz einfach als eine Addition der jeweiligen bilateralen Beziehungen verstanden werden. Je nach Intensität und Zustand dieser bilateralen Beziehungen variieren die Seitenlängen zwischen den drei Eckpunkten – und zwar sowohl in der Zeit als auch mit Blick auf den jeweiligen Verhandlungsgegenstand. In der variablen Geometrie dieses Beziehungsdreiecks können die einzelnen Seiten jedoch nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Die bilateralen Beziehungen sind jeweils abhängig vom Handeln des Dritten sowie von den Wahrnehmungen und Erwartungen, die auf ihn gerichtet sind. Dies gilt umso mehr für die ‚langen‘ 1960er Jahre, in denen die traditionelle bilaterale Außenpolitik zwar durchaus nicht von der Bildfläche verschwand, aber in zunehmendem Maße ergänzt wurde um *Elemente einer multilateralen Diplomatie*. Diese multilaterale Diplomatie bewegte sich zum Teil in zwischenstaatlichen und fest institutionalisierten Bahnen, zum Teil hatte sie einen dezidiert transnationalen, informellen Charakter. Die daraus resultierende, fundamentale Transformation von Außenpolitik nimmt der vorliegende Band in den Blick.

Das deutsch-französisch-amerikanische Dreiecksverhältnis dient dabei zwar als heuristischer und analytischer Ausgangspunkt. Die trilateralen Beziehungen werden jedoch stets in ihren breiteren Kontexten verortet. Von großer Bedeutung ist daher die Frage nach äußeren Fix- und Referenzpunkten bzw. nach den *Vierten in den Dreiecksbeziehungen*. Besonderes Augenmerk gilt Großbritannien – sei es als eigenständiger Akteur in den Diskussionen über eine multilaterale nukleare

Streitmacht und eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik,³³ sei es als Vorbild für sozialstaatliche Entwicklungen,³⁴ sei es als Partner, Konkurrent oder vermeintliches Trojanisches Pferd der USA im europäischen Integrationsprozess. In der Tat stand de Gaulles Veto gegen den britischen Beitritt zur EWG in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags. Erst am Ende der ‚langen‘ 1960er Jahre gab Frankreich seine Blockadehaltung auf. Das europäische Projekt war selbst ein prominenter Fixpunkt der Dreiecksbeziehung. Hatten die USA ursprünglich Pate gestanden für eine deutsch-französische Annäherung unter europäischen Vorzeichen, so wurde die Einigung Europas unter dem Einfluss de Gaulles zunehmend als mögliche Alternative zum transatlantischen Bündnis begriffen. Jenseits des westlichen Bündnisses waren natürlich auch das Verhältnis zur Sowjetunion und zum ‚Ostblock‘ bestimmende Faktoren für die politische Agenda und die Handlungsspielräume des Beziehungsdreiecks.³⁵ Die deutsch-deutschen Beziehungen und die DDR spielen im vorliegenden Band allerdings nur eine untergeordnete Rolle.³⁶

Die globalgeschichtliche Dimension des transatlantischen Dreiecks wird zumindest in einzelnen Beiträgen angerissen.³⁷ Zweifellos veränderten sich in den ‚langen‘ 1960er Jahren die Vorstellungen von der Welt in grundlegender Weise. Das Bewusstsein für die globalen Implikationen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handelns nahm zu und beeinflusste letztlich auch das Verhalten vieler Akteure. Wenn zum Beispiel deutsche, französische und amerikanische Politiker sich von Entwicklungen in anderen Weltregionen betroffen fühlten, sich neue, globale Kommunikationstechnologien und Transportmittel aneigneten und sich weltweit auf die Suche nach Verbündeten machten, beteiligten sie sich aktiv an der *Produktion von Globalität*. Globalisierung war insofern weniger eine unabhängige und unaufhaltsame strukturellere Entwicklung als ein überhaupt erst durch das Denken und Handeln der Zeitgenossen angestoßener Prozess. Auch vermeintlich konservative, traditionellem außenpolitischen Denken verpflichtete Akteure wie de Gaulle traten als Produzenten von Globalität in Erscheinung. So betrieb de Gaulle auf seiner Suche nach Verbündeten im Kampf gegen die bipolare Weltordnung³⁸ eine dezidiert globale Außenpolitik, die er zum Beispiel durch die Annäherung an die Volksrepublik China, seine Lateinamerika-Reise 1964 und seine unverhohlenen gegen die vermeintliche angelsächsische Dominanz gerichteten

33 Vgl. dazu die Beiträge von Thomas W. Gijswijt und Andreas Lutsch.

34 Vgl. dazu den Beitrag von Hartmut Kaelble.

35 Vgl. dazu insbesondere den Beitrag von Reiner Marcowitz.

36 Zwar blieb die deutsch-deutsche Problematik während der ‚langen‘ 1960er Jahre im Hintergrund stets präsent. Als struktureller Erklärungsfaktor für das transatlantische Dreiecksverhältnis verlor sie jedoch unserer Meinung nach an Bedeutung. Eine Erweiterung der Untersuchungsperspektive auf die DDR wäre außerdem auf Kosten der thematischen und analytischen Kohärenz des Bandes gegangen.

37 So etwa von Eugénie M. Blang und Irwin Wall.

38 Zu de Gaulles außenpolitischen Konzeptionen vgl. den Beitrag von Garret J. Martin.

Reden 1966 und 1967 in Phnom Penh und Montreal symbolisch untermauerte.³⁹ Diese Art von ‚Weltpolitik‘ stand zweifelsohne in einer klaren kolonialen Tradition. Gleichzeitig erkannte de Gaulle aber auch früher als andere die enorme Sprengkraft eines universalistischen Menschenrechtsdiskurses für die kommunistisch regierten Länder und die sowjetische Dominanz in Ostmitteleuropa.⁴⁰

Ein besonderes Augenmerk des vorliegenden Bandes gilt dem Verhältnis bzw. dem Zusammenspiel politischer, sozioökonomischer und kultureller Faktoren. Für uns als Herausgeber stellt sich hier weniger die Frage nach einem Primat, d. h. nach einer zeitlichen Vorreiterrolle bzw. einem qualitativen Vorrang, von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft oder Kultur. Die Beiträge verweisen vielmehr auf einen Prozess der zunehmenden Verknüpfung und Verschränkung unterschiedlicher Denkhorizonte und Handlungsfelder, den man als *horizontale Entgrenzung von Außenpolitik* bezeichnen könnte. So können die politischen Umbrüche der ‚langen‘ 1960er Jahre unserer Meinung nach nicht getrennt vom gesellschaftlichen Wandel und von den medialen und kommunikativen Transformationen analysiert werden. Auch wurden außenpolitische und wirtschaftliche Interessen in dieser Phase stärker als zuvor im Sinne eines unauflösbaren Gesamtsystems gedacht und diskutiert – so zum Beispiel in den Debatten über eine europäische Währungspolitik.⁴¹ Finanz- und Wirtschaftsfragen waren also gleichermaßen Gegenstand und Grundlage von Außenpolitik. Außenpolitische Macht und hegemonialer Anspruch definierten sich nach einem erweiterten und differenzierteren Kriterienkatalog. So müssen Debatten über die Kommerzialisierung und ‚Amerikanisierung‘ des kulturellen Lebens in dieser Phase immer auch als Diskussionen über volkswirtschaftliche und außenpolitische Weichenstellungen gelesen werden.⁴² Zwar behielten die unterschiedlichen Sphären von Öffentlichkeit nach wie vor eine Eigenlogik, die sich dem politischen Zugriff entziehen konnte. Dennoch lässt sich als Grundtendenz für die ‚langen‘ 1960er Jahre festhalten: Politik – und mit ihr die Außenpolitik – wurden alltäglicher, während der Alltag politischer wurde.

Mit dieser horizontalen Entgrenzung einher ging eine *vertikale Entgrenzung von Außenpolitik*. Außenpolitik wurde nun immer seltener als eine exklusive Domäne weniger Staatsmänner und Diplomaten angesehen, sondern immer mehr als eine Art transnationale Innenpolitik verstanden. Außenpolitische Beziehungen differenzierten sich nach unterschiedlichen Ebenen und Zuständigkeitsbereichen aus. Gleichzeitig bot der Ausbau supranationaler Instanzen neue Möglichkeiten zu einem ständigen und offenen Austausch zwischen Experten jenseits des diplomatischen Protokolls. Die Vorstellung von eindeutig abgrenzbaren nationalen Containern, deren außenpolitische Kontakte klar reguliert und kanalisiert sind, wich

39 Siehe dazu ausführlich Christian Nuenlist/Anna Locher/Garret Martin (Hg.), *Globalizing de Gaulle. International Perspectives on French Foreign Policies, 1958–1969*, Lanham: Lexington, 2010.

40 Garret Martin, *Towards a New Concert of Europe. De Gaulle’s Vision of a Post-Cold War Europe*, in: Frédéric Bozo/Marie-Pierre Rey/N. Piers Ludlow/Bernd Rother (Hg.), *Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945–1990* New York: Berghahn, 2014, S. 91–104.

41 Vgl. dazu den Beitrag von Éric Bussiére.

42 Vgl. den Beitrag von Egbert Klautke.

langsam der Einsicht in die enge Verbundenheit und wechselseitige Abhängigkeit von Staaten und Gesellschaften auf allen Ebenen und in unterschiedlichsten Lebensbereichen. Außenpolitik wurde in wachsendem Maße als ein Mehrebenensystem⁴³ begriffen, in dem Akteure jenseits der nationalen Regierungen und diplomatischen Apparate ihren Einfluss geltend machen. Gleichzeitig mangelte es nicht an Bemühungen, die Autonomie und Handlungshoheit klassischer außenpolitischer Akteure durch diskursive und symbolische Strategien zu bekräftigen. Insofern waren die ‚langen‘ 1960er Jahre auch die Inkubationsphase für jene institutionalisierten und informellen Gipfeltreffen führender Staats- und Regierungschefs auf bi- und multilateraler Ebene, die heute das Bild außenpolitischer Entscheidungsprozesse prägen.⁴⁴ Die vom Élysée-Vertrag vorgesehenen regelmäßigen Regierungskonsultationen hatten hier sicherlich Pioniercharakter.

Die Expansion des außenpolitischen Feldes und seine immer engere Verknüpfung mit anderen Lebensbereichen verlangt nach einem differenzierten Blick auf *Akteure und ihre Handlungsspielräume*. Die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und den USA wurden nicht durch abstrakte Kollektive wie Nationen oder Völker, Regierungen oder diplomatische Apparate, Parteien oder Medien gestaltet, sondern durch das komplexe Zusammenspiel zahlreicher Einzelakteure mit ihren eigenen Ideen, Interessen und Intentionen. Sicherlich darf der grundlegende Unterschied zwischen Akteuren mit und ohne Entscheidungsfunktionen und Machtressourcen nicht aus dem Auge verloren werden. Doch erlebten gerade die ‚langen‘ 1960er Jahren neue Formen der politischen und gesellschaftlichen Partizipation, die mit einer Herausforderung etablierter Hierarchien, einer Erweiterung des Machtbegriffes und der Entstehung gegeninstitutioneller Dynamiken einhergingen.⁴⁵ Von Interesse sind für uns daher nicht nur staatliche Funktions- und Entscheidungsträger – wenngleich diese zweifelsohne im Mittelpunkt der meisten Beiträge stehen. Auch Politikberater, Intellektuelle, Wissenschaftler, Journalisten, Unternehmer und andere zivilgesellschaftliche Akteure nahmen Einfluss auf die Dreiecksbeziehungen. Die von ihnen praktizierte „informelle Diplomatie“⁴⁶ muss daher ebenfalls als Teil des außenpolitischen Feldes angesehen werden. Bemerkenswert ist außerdem die gegenläufig zur Diversifizierung und

43 Zum Begriff des ‚Mehrebenensystems‘ und seiner Anwendung für die Geschichte der Europäischen Integration siehe Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.), *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart*, Wien: Böhlau, 2009.

44 Siehe dazu etwa Enrico Böhm, *Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981)*, München: Oldenbourg, 2014; Dino Knudsen, *The Trilateral Commission and Global Governance. Informal Elite Diplomacy, 1972–82*, London: Routledge, 2016. In der Tat waren die Staats- und Regierungschefs mehrerer Länder in früheren Zeiten höchstens für außerordentliche Anlässe wie Friedenskonferenzen oder Trauerfeiern zusammengetroffen. Auch für die 1950er und 1960er Jahre gibt es nur wenige Aufnahmen, die mehr als zwei Regierungschefs auf einem Foto zeigen. Adenauer, de Gaulle und Kennedy z. B. sind nie zu dritt an einem Ort zusammengetroffen.

45 Vgl. dazu beispielsweise Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), „1968“ – eine Wahrnehmungsrevolution? *Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren*, München: Oldenbourg, 2013.

46 Zum Begriff vgl. den Beitrag von Thomas W. Gijsswijt.

Diffusion politischer Macht zu beobachtende Tendenz, genuin politische Akteure nicht mehr nur an ihrer Agenda und Amtsführung zu messen, sondern ihr Privatleben zu thematisieren und sie in anderen Rollen – wie z. B. in der des Familienvaters – zu präsentieren.⁴⁷

Ein differenzierter Blick auf die Akteure von Außenpolitik muss außerdem *wechselseitige Wahrnehmungen und Diskurse über Werte* ernst nehmen. Tatsächlich kann etwa die Außenpolitik de Gaulles nicht allein auf ihre realpolitische Dimension reduziert werden. Denn visionäre Rhetorik und symbolische Gesten waren ein fester Bestandteil seines diplomatischen Kalküls.⁴⁸ So waren es durchaus nicht die konkreten Bestimmungen des Élysée-Vertrags, die in der Bundesrepublik und bei den westlichen Verbündeten auf Widerstand stießen. Im Zentrum der Kritik stand vielmehr die de Gaulle unterstellte Absicht, ein von den USA unabhängiges, womöglich mit der Sowjetunion versöhntes Kontinentaleuropa unter französischer Führung schaffen zu wollen. Auch jenseits der polarisierenden Persönlichkeit de Gaulles blieben anti- bzw. proamerikanische ebenso wie philo-sowjetische bzw. antikommunistische Einstellungen in den ‚langen‘ 1960er Jahren wichtige Faktoren für die Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung außenpolitischen Handelns.⁴⁹ Sie konnten jedoch situativ höchst unterschiedlich gewichtet werden und verloren im Vergleich zu anderen Interpretamenten an Bedeutung. Neben den Wahrnehmungen unterlagen auch Wertvorstellungen zeitlichen Schwankungen und substantiellem Wandel. Die Vorstellung von gemeinsamen europäischen Werten wurde in Deutschland und Frankreich paradoxerweise sowohl zur Beschwörung transatlantischer Einigkeit als auch zur Distanzierung gegenüber den USA propagiert. Diese Beobachtung unterstreicht, dass Angleichung und Annäherung im transatlantischen Dreiecksverhältnis immer auch mit Abgrenzung und Entfremdung einhergehen konnten.

Aus der Entscheidung für die Analyse eines trilateralen Beziehungsgeflechts resultiert daher auch eine klare Absage an jedes einseitige und reduktionistische Verständnis von Transferprozessen. Erstens waren Austausch und Kommunikation zwischen den drei Partnern in den ‚langen‘ 1960er Jahren wechselseitige Prozesse, die immer auf alle beteiligten Seiten zurückwirkten und sich daher kaum in der Dichotomie von Ausgangs- und Aufnahmekultur beschreiben lassen. Zweitens waren vermeintliche nationale Gegensätze oft weniger gelebte Realität und Hypothek für Austausch als vielmehr gerade ein Produkt verstärkter Wahrnehmung und Interaktion. Drittens war der Austausch immer multipolar und polyzentrisch – und insofern für die Zeitgenossen nur bedingt zu erfassen, zu kontrollieren und zu steuern.⁵⁰ Um den sozioökonomischen und soziokulturellen Austausch im Rah-

47 Vgl. dazu den Beitrag von Jörg Requate.

48 Vgl. die Beiträge von Garret J. Martin und Carine Germond.

49 Vgl. die Beiträge von Egbert Klautke und Bernard Ludwig.

50 Die klassische Transfergeschichte wurde mit diesen und ähnlichen Argumenten schon von zahlreichen anderen Autoren kritisiert. Vgl. z. B. Michael Werner/Bénédictie Zimmermann, *Beyond Comparison. Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity*, in: *History and Theory* 45 (2006) 1, S. 145–166. Ihren Niederschlag gefunden hat diese Kritik u. a. im Begriff der ‚Westernisierung‘, der sich dezidiert von der Vorstellung einer einseitigen ‚Amerikanisie-

men der Dreiecksbeziehungen zu charakterisieren, erscheint den Herausgebern daher eine begriffliche Perspektiverweiterung *vom Transfer zur Zirkulation* sinnvoll. Diese Perspektiverweiterung könnte mit einer Verschiebung des historischen Narrativs einhergehen, das sich nicht mehr vorrangig an den vermeintlichen Fixpunkten von Transfers orientiert, sondern den *flows* der Zirkulation folgt und dadurch selbst „nomadisch“ wird.⁵¹

FRAGEN UND HYPOTHESEN

Ausgehend von diesem analytischen Zugang, der die Dreiecksbeziehungen nicht nur als Addition bilateraler Beziehungen, sondern als variable Geometrie begreift, lassen sich für die ‚langen‘ 1960er Jahre mehrere Fragenkomplexe ausmachen. Die Beiträge des vorliegenden Bandes liefern zu diesen Fragekomplexen oft höchst gegensätzliche Antworten.

Die Umbrüche des internationalen Systems infolge von Dekolonisierung und Entspannungspolitik waren bei weitem nicht die einzigen Faktoren für den Wandel der deutsch-französisch-amerikanischen Dreiecksbeziehungen. Das Gewicht konkreter Akteure und ihrer Entscheidungen blieb in allen drei Ländern von zentraler Bedeutung. Allerdings lassen sich mit Blick auf die Ursachen der Spannungen und der *Abschwächung des transatlantischen Konsenses* zu Beginn der 1960er Jahre mehrere, teils gegensätzliche Interpretationen ausmachen. In einer akteurszentrierten Perspektive erscheint es verlockend, sich auf die Initiativen de Gaulles zur Wiedergewinnung der französischen Großmachtposition und zur Überwindung der bipolaren Weltordnung zu konzentrieren. Seine Rückkehr an die Macht im Mai 1958, seine Ablehnung der supranationalen Integration Europas und seine Praxis einer eigensinnigen und sturen Außenpolitik können als ursächlich für eine Schwächung Europas angesehen werden. Garret Martin vertritt in seinem Beitrag die These, dass diese Schwächung Europas paradoxerweise zu einer Stärkung der transatlantischen Verbindungen und Beziehungen geführt habe. Zwar wollte de Gaulle den europäischen Kontinent aus der amerikanischen Vormundschaft befreien und unter französischer Führung in Äquidistanz zu den Supermächten positionieren, ohne die westliche Wertegemeinschaft aufzukündigen. Diese Absicht setzte er jedoch mit einer Reihe von einseitigen Entscheidungen in die Tat um, die ihn von den europäischen Partnern isolierten, das europäische Projekt letztlich in seiner Substanz schwächten und das Gegenteil des angestrebten Effekts bewirkten – nämlich die Stärkung der Abhängigkeit gegenüber den USA und die Aufwertung der transatlantischen Verbindung.

rung‘ distanziert. Vgl. Doering-Manteuffel, Westlich (wie Anm. 10). In der praktischen Umsetzung jedoch halten die meisten Fallstudien zur ‚Westernisierung‘ an festen nationalstaatlichen Bezugspunkten fest und interessieren sich nur für eine Seite von Transferprozessen.

51 Vgl. zu diesem Gedanken: Monika Dommann, Alles fließt. Soll die Geschichte nomadischer werden?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016) 3, S. 516–534.

Aus einer wirtschafts- und währungsgeschichtlichen Perspektive lässt sich freilich eine gegenläufige These formulieren. Dieser These zufolge mehrten sich in den ‚langen‘ 1960er Jahren die Zeichen für einen amerikanischen Rückzug aus Europa, der durch einen anhaltenden militärischen und sicherheitspolitischen Aktivismus lediglich verschleiert wurde. So lockerten sich die transatlantischen Beziehungen aufgrund der finanz- und währungspolitischen Entscheidungen der USA. Unklar ist, ob Europa durch diesen amerikanischen Rückzug geschwächt wurde oder ob sich der europäische Zusammenhalt durch den Zwang zum gemeinsamen Handeln letztlich sogar verstärkte. Éric Bussière liefert in seinem Beitrag eher Argumente für eine solche *Stärkung des europäischen Zusammenhalts* – vor allem, wenn man den Zeitraum bis Mitte der 1970er Jahre in die Analyse mit einbezieht. Tatsächlich kann gerade die Frage nach einer Schwächung bzw. Stärkung Europas angesichts gegenläufiger zeitlicher Dynamiken nicht schlüssig beantwortet werden, wenn man die ‚langen‘ 1960er Jahre als eine monolithische Einheit versteht.

In jedem Falle waren diese Jahre stark gezeichnet durch das unvermittelte Auftreten von Meinungsverschiedenheiten und Querelen, die den bis dahin vorherrschenden, relativen Konsens innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft unterminierten. Die „gaullistische Herausforderung“⁵² begünstigte die *Rückkehr einer Kultur des Misstrauens*. In der daraus resultierenden „Politik der Unsicherheit“⁵³ erhielt der Nationalstaat eine neue Wertschätzung als Referenzpunkt und Fluchtwährung, so dass nationale Interessen deutlich Oberhand gegenüber den gemeinsamen westlichen Interessen gewannen. Doch auch hier muss das Bild je nach Politikfeld und Handlungsebene nuanciert werden. Denn tatsächlich setzte sich – jenseits der plakativen nationalen Rhetorik – im Laufe der ‚langen‘ 1960er Jahre ein multilateral gerahmter supranationaler Pragmatismus durch.

Seit Anfang der 1960er Jahre machte de Gaulle die Währungsfrage zum Politikum, indem er die wirtschaftliche und politische Hegemonie der USA verurteilte. Diese Kritik war Teil seines Vorhabens, die politischen Beziehungen zwischen Europa und seinem nordamerikanischen Partner wieder ins Lot zu bringen. Der Versuch des französischen Präsidenten, auf nationaler und internationaler Ebene wieder zu einem Primat der Politik zurückzukehren, konnte den im Gang befindlichen Wandel der Machtbeziehungen jedoch kaum kaschieren. So führte der *Bedeutungsgewinn wirtschaftlicher und monetärer Fragen auf internationaler Ebene* zu fortschreitenden und dauerhaften Verschiebungen im Kräfteverhältnis der drei Staaten. Die Krise des Jahres 1968 und de Gaulles Weigerung, den Franc abzuwerten, erscheinen im Rückblick lediglich als Indikatoren einer bereits Ende der 1950er Jahre eingeleiteten, von sukzessiven politischen Eingriffen gekennzeichneten Entwicklung. Die Reaktionen de Gaulles und seines Nachfolgers Georges Pompidou auf die währungspolitischen Herausforderungen der Jahre 1968 und

52 Conze, Herausforderung (wie Anm. 4).

53 Martin Klimke/Reinhild Kreis/Christian F. Ostermann (Hg.), *Trust, but Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969–1991*, Washington: Woodrow Wilson Center Press, 2016.

1969⁵⁴ verdeutlichen, dass Prestigedenken und politisches Kalkül letztlich gegenüber ökonomischen Notwendigkeiten zurückstehen mussten.

Die variable Geometrie der Dreiecksbeziehungen verschob sich also im Laufe der ‚langen‘ 1960er Jahre – sowohl mit Blick auf die realen, materiellen Grundlagen, als auch in symbolpolitischer und psychologischer Hinsicht. Das ‚politische Leichtgewicht‘ Deutschland stieg in diesen Jahren zum ‚Schwergewicht‘ im Bereich der Wirtschaft und der Handelsbeziehungen auf. Die Deutsche Mark wurde zur attraktiven Fluchtwährung. Gleichzeitig sah sich die Bundesrepublik gezwungen, das bestehende Währungssystem durch den Ankauf von US-Dollars zu stützen.⁵⁵ Die einseitige Aufkündigung des Bretton-Woods-Systems durch die USA am 15. August 1971 beschleunigte die Entstehung eines regionalen europäischen Währungssystems, in dem die *Bundesrepublik gegenüber Frankreich unbestreitbar eine wirtschaftliche Vorrangstellung* einnahm.⁵⁶ Entgegen der eigentlichen französischen Intention, die deutsche Wirtschaftsmacht durch die Aufnahme eines dritten großen Landes einzuhegen, verstärkte der britische EWG-Beitritt diese Tendenz. Denn er akzentuierte die Konzentration auf ökonomische und handelspolitische Fragen. Man kann darin einen späten Triumph des ‚Atlantikers‘ Erhards sehen, aber auch die Grundlagen für die Entstehung eines neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

Das neue Kräfteverhältnis zwischen den drei Ländern war jedoch nicht nur im Bereich der Wirtschaft spürbar. So wusste die Bundesrepublik ihre „*relative Stärke des Schwächeren*“⁵⁷ gegenüber den machtpolitisch überlegenen Verbündeten durchaus zu nutzen. 1963 spielte Erhard die Karte des ‚Atlantikers‘, um die Schutzmacht USA zu besänftigen und auf die „gaullistische Herausforderung“⁵⁸ zu reagieren. Wie Tim Geiger in seinem Beitrag zeigt, versetzte die scheinbar unbequeme Position die Bundesrepublik unverhofft in die Lage, ihre zwei wichtigsten Verbündeten gegeneinander ausspielen zu können. Trotz der Entscheidung, Frankreich den Rücken zu kehren, konnte Erhard seine Vorstellungen gegenüber Washington allerdings nicht durchsetzen. Erst unter der Großen Koalition seit 1966 gelang es der Bundesrepublik, greifbaren Nutzen aus dieser außenpolitischen Konstellation zu ziehen.

54 Bertrand Blancheton/Christian Bordes, Débats monétaires autour de la dévaluation du franc de 1969, in: *Revue européenne des sciences sociales* XLV (2007) 137, S. 213–232.

55 Barry Eichengreen, *Exorbitant Privilege. The Rise and Fall of the Dollar*, Oxford: Oxford University Press, 2011; Herbert Dittgen, Die Ära der Ost-West-Verhandlungen und der Wirtschafts- und Währungskrisen (1969–1981), in: Klaus Larres/Torsten Oppeland (Hg.), *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt: WBG, 1997, S. 151–177.

56 Siehe den Beitrag von Éric Bussiére in diesem Band.

57 Dieser Begriff, den Dietmar Hüser mit Blick auf die französische Deutschlandpolitik der frühen Nachkriegsjahre geprägt hat, lässt sich unseres Erachtens gut auf die bundesdeutsche Außenpolitik der ‚langen‘ 1960er Jahre übertragen. Vgl. Dietmar Hüser, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“*. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, 1944–1950, Berlin: Duncker & Humblot, 1996.

58 Conze, Herausforderung (wie Anm. 4).

Der Blick auf die Dreiecksbeziehungen lädt auch dazu ein, die *Entwicklung der parlamentarischen Demokratie und der liberalen Regierungspraxis in vergleichender Perspektive* zu untersuchen. Auch in dieser Hinsicht war die Regierungszeit de Gaulles in Frankreich zwischen 1958 und 1969 eine Herausforderung. In der Bundesrepublik hatte sich die parlamentarische Demokratie nach zehnjähriger Regierungspraxis fest etabliert. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag verschoben sich im Untersuchungszeitraum wiederholt, wobei die Regierungswechsel demokratisch und reibungslos abliefen. Der markanteste Einschnitt war die Wahl des Sozialdemokraten Willy Brandt zum Kanzler im Herbst 1969. Die junge westdeutsche Demokratie war nun endgültig erwachsen geworden. Gemessen an dieser Entwicklung müssen der Regierungsstil de Gaulles und seine Auslegung der Verfassungsordnung der Fünften Republik dezidiert als autoritär bezeichnet werden. Selbst wenn die westdeutsche Studentenbewegung die geistige und politische Verfassung der Bundesrepublik als reaktionär verurteilte, lässt der deutsch-französische Vergleich klare Unterschiede zwischen beiden Ländern erkennen. Der abgehobene Kommunikationsstil de Gaulles und sein autoritäres und instrumentelles Verhältnis zu den Medien wurden sowohl durch die von ihm inszenierten Pressekonferenzen als auch durch die Existenz eines Informationsministeriums und die hierarchische Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks illustriert. Hingegen entschied sich Willy Brandt als Bürgermeister von Westberlin für einen von Kennedy inspirierten Stil, mit dem er sich als junge, dynamische Führungspersönlichkeit vom gealterten Kanzler Adenauer abgrenzen konnte.⁵⁹

Diese innenpolitischen Aspekte spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle in den Beziehungen zwischen den drei Ländern. Sie beeinflussten die Wahrnehmung der jeweiligen Regierung durch ihre Partner und wurden dadurch zu Faktoren internationalen Handelns. Die *Zirkulation von Bildern und die Adaption von ausländischen Vorbildern zu innenpolitischen Zwecken* zeigen, dass die wechselseitige Abhängigkeit weit über den Bereich der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hinausreichte. Wiederum fiel de Gaulle eine besondere Rolle zu – in diesem Falle jedoch überwiegend als negative Kontrastfolie für die Partner. Wie seine Gegner in Frankreich, so sahen auch viele ausländische Kritiker in de Gaulles Bewegung eine verkappte Diktatur, die offen an das rechtsradikale und antidemokratische Gedankengut der Zwischenkriegszeit anknüpfte.⁶⁰ In einem über die deutsch-französische Perspektive hinausreichenden europäischen Vergleich fällt das Bild freilich nuancierter aus. Denn bei aller Kritik unterschied sich das gaulistische Frankreich doch ganz erheblich von den Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland, die noch bis Mitte der 1970er Jahre bestehen bleiben sollten.

Auch die *vielschichtige Rolle der Vergangenheit* beeinflusste die Positionierung der drei Länder im internationalen Kontext. So bildete die Vergangenheit

59 Thomas Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen: Wallstein, 2010. Vgl. auch den Beitrag von Jörg Requate in diesem Band.

60 Matthias Waechter, *Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie, 1940–1958*, Göttingen: Wallstein, 2006.

einen strukturellen Rahmen für politische Positionen und öffentliche Diskurse. Am auffälligsten war dies im Falle der bundesdeutschen Dankbarkeit gegenüber den USA. Berlin nahm dabei einen besonderen Platz ein: Die Anerkennung der Bundesrepublik für die in der ersten Berlin-Krise 1948/49 geleistete Hilfe hatte entscheidenden Einfluss auf die Erwartungen, Interpretationen und Enttäuschungen während der zweiten Berlin-Krise und ihres Höhepunkts 1961. Kennedys Besuch 1963 und sein emotionales Bekenntnis bekräftigen den Status Berlins als Frontstadt des Kalten Krieges. Gerade Berlin war daher ein gemeinsamer Referenzpunkt der drei Länder und ein symbolischer Ausdruck ihrer Verbundenheit. Auf der anderen Seite konnte die Vergangenheit aber auch zur Belastung werden – so zum Beispiel für die französische Haltung in den Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag. Auf keinen Fall wollte Frankreich als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs mit dem verbrecherischen und besiegten Deutschland auf eine Stufe gestellt werden. Diese Abgrenzung war eines der Motive für die Forderung nach einer eigenen Atomstreitmacht.⁶¹ Ein weiteres Charakteristikum für den öffentlichen Umgang mit der Vergangenheit war der Übergang von einer Logik der kollektiven Verfehlung und Verantwortung hin zur Betonung individueller Schuld. Prominente Persönlichkeiten wurden in medienwirksamen Kampagnen und Prozessen für ihre verbrecherische Vergangenheit zur Rechenschaft gezogen. Dies gilt für den erzwungenen Rücktritt des Bundesvertriebenenministers Theodor Oberländer 1960, vor allem aber für den weltweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1961 und die Ohrfeige Beate Klarsfelds für Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1968.

Die *Persönlichkeit Charles de Gaulles* ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Sie nimmt in den Beiträgen des vorliegenden Bandes einen zentralen Platz ein – entsprechend der bedeutenden Rolle, die der französische Präsident nach Einschätzung vieler in der internationalen Politik der ‚langen‘ 1960er Jahre spielte. Je nach Perspektive war diese Rolle entweder reell und unbestreitbar oder konstruiert und in erster Linie der Wahrnehmung geschuldet. Um sie angemessen bewerten zu können, sollten nicht nur die eigentlichen Absichten, sondern auch die Auswirkungen und die tatsächliche Reichweite seiner politischen Selbstinszenierung bemessen werden. Sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene beschwor de Gaulle die Größe und Unabhängigkeit Frankreichs mit feierlicher und schwülstiger Rhetorik. Seine Auftritte, aber auch – wie zum Beispiel während der Krise des ‚leeren Stuhls‘⁶² im Ministerrat der EWG – seine bewusste Abwesenheit müssen in ihrer performativen Dimension analysiert werden.

Nützlich erscheint hierbei der Begriff der *agency*, verstanden als Fähigkeit, zu handeln, auf andere einzugehen, die Umwelt zu beeinflussen und seinem Handeln einen subjektiven Sinn zu geben.⁶³ Von Interesse ist in diesem Zusammenhang

61 Siehe den Beitrag von Andreas Lutsch in diesem Band.

62 Philip Bajon, Europapolitik „am Abgrund“. Die Krise des „leeren Stuhls“ 1965–66, Stuttgart: Steiner, 2012.

63 Der aus den *Gender Studies* und der Anthropologie stammende Begriff wurde im Deutschen u. a. als ‚Handlungsfähigkeit‘, ‚Handlungsmacht‘ oder ‚Handlungsvermögen‘ übersetzt.

auch die Rolle der ausländischen Gesprächspartner und Verbündeten in de Gaulles ‚Schauspiel‘. Waren sie ebenfalls Akteure oder lediglich Zuschauer? Und welchen Einfluss hatte die Inszenierung einer standhaften und selbstsicheren Großmacht auf ihre Wahrnehmungen und Entscheidungen? Die Berücksichtigung dieser Dimension mit Blick auf das – sicherlich außergewöhnliche – Beispiel de Gaulles verdeutlicht, dass die Faktoren der internationalen Politik und die Möglichkeiten zur politischen Beeinflussung der Partner nicht immer nur mit dem Maßstab der Rationalität oder des ‚Realismus‘ gemessen werden können. Das Frankreich der Ära de Gaulle verdeutlicht, dass die Macht des Mythos weit über einfache symbolpolitische Praktiken hinaus Wirksamkeit entfalten kann.⁶⁴ Inwieweit bewerteten und wie beurteilten die ausländischen Gesprächspartner die innenpolitische Bedeutung des gaullistischen Mythos – insbesondere die Fähigkeit de Gaulles, Niederlagen in Erfolge zu verwandeln? Der Begriff der *agency* sieht die Überzeugung des Handelnden von der Wirksamkeit seines Tuns als eine wesentliche Voraussetzung seines Erfolgs. Wurde dies von den Partnern und Widersachern de Gaulles erkannt – oder beförderte mangelndes Gespür für diese Zusammenhänge irrige Annahmen? Diese Fragen verdeutlichen, dass die ‚langen‘ 1960er Jahre ein besonders geeignetes Analysefeld für den *Einfluss subjektiver und informeller Faktoren auf außenpolitisches Handeln* sind.

AUFBAU UND INHALTLICHE SCHWERPUNKTE DES BANDES

Die Gliederung des vorliegenden Bandes folgt den oben skizzierten Problemkonstellationen und Fragestellungen. Ein erster Abschnitt widmet sich dem Wandel der soziokulturellen Rahmenbedingungen politischen Handelns und fragt nach den Konvergenzen, Divergenzen und Zirkulationen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den USA. *Egbert Klautke* vergleicht in seinem Beitrag die Entwicklung des Antiamerikanismus in Frankreich und Deutschland von der Zwischenkriegszeit bis in die 1960er Jahre. Kritik an ‚Amerika‘ und der ‚Amerikanisierung‘ Europas war demnach seit den 1920er Jahren eine Konstante in den intellektuellen Diskursen beider Länder, die sich in dieser Hinsicht „bis zum Verwechseln“ ähnelten. Auch *Hartmut Kaelble* macht mit Blick auf die Wohlfahrtsstaaten in Frankreich und der Bundesrepublik eine Tendenz zur Annäherung aus, die besonders im Vergleich zu den USA ins Auge fällt. Diese Annäherung resultierte jedoch weder auf einer institutionellen Angleichung, noch auf einer verstärkten sozialpolitischen Zusammenarbeit beider Länder. Entscheidend war wohl vor allem eine „nicht zentral gesteuerte Diffusion von wohlfahrtstaatlichen Konzepten“ auf Expertenebene. Für den Bereich der politischen Kommunikation verweist *Jörg Requate* auf die offenkundige Adaption amerikanischer Vorbilder. Dies gilt vor allem für die Person und den Wahlkampf Kennedys. Allerdings lief die Modernisierung und Professionalisierung der politischen Kommunikation in Frank-

64 Waechter, Mythos (wie Anm. 60).

reich und in der Bundesrepublik „zu einem großen Teil auch in ganz eigenständiger Weise und unter dem Einfluss gesamtgesellschaftlicher Faktoren“ ab.

Der zweite Abschnitt analysiert die (außen-)politischen Konzepte bzw. ‚Grand Designs‘ der drei Länder und ihrer Regierungen im Kontext des Kalten Krieges und der Europäischen Integration. *Reiner Marcowitz* beschreibt den Durchbruch des Entspannungs-Paradigmas während der ‚langen‘ 1960er Jahre und erweitert dabei den Blick auf die Dreiecksbeziehungen zu einer *ménage à quatre* mit der Sowjetunion. Demzufolge trug die „neue Dynamik der Ost-West-Beziehungen“ letztlich zur „weiteren Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen“ in den 1970er und 1980er Jahren bei. *Carine Germond* fragt nach der Rolle der USA in den europapolitischen Konzepten de Gaulles. Persönliche Animositäten, innenpolitische Gründe und machtpolitische Erwägungen ließen den französischen Präsidenten zwar immer wieder auf Distanz zu den USA gehen, was auch die deutsch-französischen Beziehungen belastete. Trotz seiner offensiven Rhetorik und seiner Forderung nach einem unabhängigen Europa habe er die transatlantische Allianz und Solidarität aber nie grundsätzlich in Frage gestellt. *Garret J. Martin* wiederum sieht de Gaulles Bemühungen um eine Überwindung der bipolaren Weltordnung als wichtigen Anstoß für die Entspannungspolitik. Die gaullistische Vision eines „modernisierten europäischen Konzerts“ auf deutsch-französischer Basis und unter Einbindung Russlands sei zwar nebulös und in sich widersprüchlich geblieben. De Gaulle sei jedoch zum „symbolischen Vorbild“ für die Emanzipation von US-amerikanischer und sowjetischer Vorherrschaft geworden.

Der dritte Abschnitt thematisiert die Interdependenzen und die Rolle von Vermittlern zwischen den drei Ländern sowie zwischen unterschiedlichen politischen Feldern und Handlungsebenen. *Bernard Ludwig* untersucht die Verflechtungen zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und den USA im Bereich des Antikommunismus, wobei er sich insbesondere für das Zusammenspiel staatlicher und privater Akteure interessiert. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der sowjetischen Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ wurde der militante Antikommunismus der frühen Nachkriegsjahre demnach seit Mitte der 1950er Jahre durch das Konzept einer professionellen und international koordinierten ‚psychologischen Kriegsführung‘ abgelöst. Innerhalb des transatlantischen Dreiecks übernahm die Bundesrepublik dabei zunehmend eine Führungsrolle. Am Beispiel der „transatlantischen Krise“ von 1962/63 und der Debatten über eine multilaterale Atomstreitmacht analysiert *Thomas W. Gijswijt* den Wandel der außenpolitischen Verhandlungsstrategien und die Rolle informeller diplomatischer Kanäle. Seiner Meinung nach blieben die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten trotz aller Differenzen auf eine enge Koordination in Sicherheitsfragen angewiesen. Tatsächlich waren außenpolitische Entscheidungsprozesse in den ‚langen‘ 1960er Jahren „enger verflochten als jemals zuvor“. Dass dies auch für das Verhältnis von Außen- und Innenpolitik galt, verdeutlicht *Tim Geiger* in seinem Beitrag über die Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse in den deutschen Unionsparteien. Diese Kontroverse habe außerdem „die außenpolitischen Handlungsspielräume Westdeutschlands neu ausgelotet“, den Einfluss der oppositionellen SPD erhöht und zur „Erweiterung des Raums politischer Öffentlichkeit“ beigetragen.

Der vierte und letzte Abschnitt nimmt konkrete diplomatische Herausforderungen und Strategien zu ihrer Bewältigung unter die Lupe. *Irwin Wall* weist darauf hin, dass Frankreich seine Partner seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre vor allem nach ihrer Einstellung zum Konflikt in Algerien beurteilte. Während sich die USA von der französischen Politik distanzieren, sei die bedingungslose Loyalität der Bundesregierung durch de Gaulles Rückhalt in der Berlin-Krise belohnt worden. Der Élysée-Vertrag habe die privilegierte deutsch-französische Zusammenarbeit besiegelt. *Eugenie M. Blang* diskutiert die Haltung Frankreichs und der Bundesrepublik angesichts der zunehmenden Eskalation des Vietnamkriegs. Diese habe „einen tiefen Riss in den transatlantischen Beziehungen“ provoziert und den Europäern gleichzeitig vor Augen geführt, dass sie die Politik der USA nur durch ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten beeinflussen konnten. *Andreas Lutsch* zeichnet die Evolution der nuklearen Ordnung zwischen 1961 und 1966 nach. Im Zentrum seiner Analyse steht die Debatte über eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Das Scheitern einer nuklearstrategischen Integration und der amerikanisch-sowjetische Kompromiss über die Nichtverbreitung von Kernwaffen hätten das „faktisch immer vorrangige Paradigma nationalstaatlicher Souveränität“ unterstrichen und auf Dauer festgeschrieben. *Éric Bussièrè* widmet sich der währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn, die sich im Laufe der ‚langen‘ 1960er Jahre merklich intensiviert. Die Begründung einer gemeinsamen europäischen Währungspolitik Anfang der 1970er Jahre markierte die endgültige Ablösung des von den USA dominierten Bretton-Woods-Systems und legte den Grundstein für die spätere europäische Währungsunion.

Die in diesem Band versammelten Beiträge erfüllen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt sich um ausgewählte, exemplarische Themenbereiche, die sich als Einstiegsfenster in die Analyse der transatlantischen Dreiecksbeziehungen während der ‚langen‘ 1960er Jahre verstehen und den skizzierten methodischen Ansatz testen sollen. Jeder einzelne Beitrag bezieht grundsätzlich alle drei Ecken des Beziehungsdreiecks mit ein – wenngleich aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Vergleichende, transfergeschichtliche und verflechtungsgeschichtliche Ansätze stehen neben klassischen diplomatie- und beziehungsgeschichtlichen Perspektiven. Politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Zugänge ergänzen sich gegenseitig und werden teils auch innerhalb einzelner Beiträge gewinnbringend verbunden. Dennoch konnten einige wichtige Fragen nur am Rande angerissen werden. Viele interessante Themen mussten ausgeklammert werden – wobei die Erweiterung des Horizonts über ein engeres Verständnis von Diplomatie und Außenpolitik hinaus wohl am meisten Potential und Neuwert für die Erforschung des transatlantischen Dreiecks verspricht. Wünschenswert wären z. B. Beiträge, die die revolutionären Protestbewegungen,⁶⁵ die Rolle der Kirche, den Wandel von Religiosität und die Verwissenschaftlichung von Politik mit einem dezidiert trilateralen Fokus untersuchen, die Entkolonialisierung, Migration und Bürgerrechtsbewegung, Medienwandel, Motorisierung

65 Siehe ansatzweise Ingrid Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, 4. Auflage, München: Beck, 2008.

und Stadtplanung, Populärkultur,⁶⁶ Konsum und Massentourismus in den ‚langen‘ 1960er Jahren nicht auf nationale Entwicklungen reduzieren, sondern als Aspekte einer trilateralen, transatlantischen Geschichte begreifen. Wenn der vorliegende Band Anregungen für solche Untersuchungen geben kann, dann hat er seinen Zweck erfüllt.

66 Siehe z. B. Dietmar Hüser, Amerikanisches in Deutschland und Frankreich. Vergleich, Transfer und Verflechtung populärer Musik in den 1950er und 1960er Jahren, in: Patricia Oster/Hans-Jürgen Lüsebrink (Hg.), Am Wendepunkt. Deutschland und Frankreich um 1945 – Zur Dynamik eines „transnationalen“ kulturellen Feldes, Bielefeld: Transcript, 2008, S. 283–305.